

Gesamtdeutscher Ausverkauf

Von der Treuhand zu Public-Private-Partnership

Von Werner Rügemer

Mit großen Worten wurde vor kurzem der 15. Jahrestag der deutschen Einheit begangen – wenn auch getrübt durch die sich häufenden Misserfolgsmeldungen. Zu offensichtlich ist, dass die desaströsen Folgen der DDR-Privatisierung nach bisheriger Logik nicht reparierbar sind. Was dabei aber allzu gern übersehen wird: Dies gilt inzwischen auch für die Privatisierung in Westdeutschland. Die öffentlichen Haushalte sind nach den auch hier in den vergangenen 15 Jahren erfolgten Privatisierungen stärker verschuldet als zuvor, und die versprochenen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sind nicht eingetreten. Die Privatisierung der DDR bedeutet somit nicht nur den Anfang des Abbaus Ost, sondern auch den Einstieg in die fatale Privatisierungsgeschichte der alten Bundesländer.

Mit dem Treuhandgesetz wurde die Treuhandanstalt zum 17. Juni 1990 Eigentümerin des DDR-Vermögens. „Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren“, hieß es in Paragraph 1.¹ Die etwa 8400 DDR-Unternehmen hätten in „dezentraler Organisations-Struktur“ auf „Treuhand-Aktiengesellschaften“ aufgeteilt werden sollen. Damit wäre die Mitbestimmung nach bundesdeutschem Recht wirksam geworden. Treuhandpräsident Karsten Rohwedder, der sich in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets als „harter Sanierer“ gezeigt hatte, beschloss, „die Gesetzesvorschrift zu kippen – mit Genehmigung durch den Bundeskanzler und das Kabinett“, berichtet zustimmend Birgit Breuel, die Nachfolgerin Rohwedders.²

So wurde, abweichend vom Gesetz, eine Organisationsstruktur wie in Großbanken eingerichtet: Eine starke Zentrale leitete die 15 Niederlassungen in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR. Damit blieb nicht nur die Mitbestimmung außen vor; auch Landesregierungen und Abgeordnete hatten kein Recht, Kaufverträge einzusehen oder gar mitzuverhandeln.³ Zusätzlich und ebenfalls am Gesetz vorbei wurde neben Vorstand und Verwaltungsrat ein Super-Gremium eingerichtet: der Leitungsausschuss. Er wurde mit Vertretern von McKinsey und Roland Berger sowie der Wirtschaftsprüfer KPMG und Price Waterhouse Coopers (PWC) besetzt. Der Ausschuss zog die großen Projekte an sich. Er empfahl etwa, die DDR-Vorzeigeunternehmen Pentacon und PTC-Elektronik stillzulegen, entschied über Jenoptik und die Werften.

1 Vgl. Siegfried Wenzel, Was war die DDR wert? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2004, S. 130 ff.

2 Birgit Breuel, Treuhand intern, Frankfurt a. M. und Berlin 1993, S. 83.

3 Walter Süß, Zur Geschichte der Treuhand, in: „Das Parlament“, 13/1992.

Das Motto hieß nun: „Privatisieren geht vor Sanieren“. Für einen schnellen Verkauf erhielten die zuständigen Treuhandmitarbeiter, unabhängig von den Verkaufsbedingungen, bis 88 000 DM (Direktor), 40 000 DM (Abteilungsleiter) und drei Monatsgehälter (Referenten).

Der Wettbewerb blieb ausgeschaltet. Die wichtigsten Handelsketten, Energieunternehmen, Zeitungen, Versicherungen und Banken gingen an die größten Unternehmen derselben Branchen aus dem Westen. Die Deutsche Bank bekam zwei Drittel der Filialen der DDR-Staatsbank, ein Drittel erhielt die Dresdner Bank. Die westdeutschen Handelsketten teilten die HO-Geschäfte unter sich auf. Die Allianz AG erhielt die staatliche Monopolversicherung der DDR. Die größten Energiekonzerne sicherten sich die Strom- und Gasversorgung und die Braunkohle.

Berater bewerteten die Betriebe nach dem *good will*, das heißt der Zukunftserwartung der Eigentümer selbst. So wurde die Treuhand ein „Eldorado der Berater“: Die Tageshonorare gingen bis 4000 DM, die rund 1000 Berater kassierten in den Jahren 1991, 1992 und 1993 insgesamt 450 Mio. DM jährlich – mehr als die hochbezahlten Treuhand-Manager. Die Treuhand verschaffte auch den Investmentbanken den Eintritt; vor allem US-Banken wie Goldman Sachs arrangierten die großen Privatisierungen, beispielsweise des Leuna-Kombinats.⁴

So verkaufte man um jeden Preis, nämlich zu „negativen Verkaufspreisen“: Häufig wurden Betriebe für eine symbolische Mark verkauft, und die Treuhand gab Zuschüsse, zahlte einen „Verlustrausgleich“, übernahm die Schulden und Abfindungen. Es wurden auch Betriebe aufgekauft, um stillgelegt zu werden. „Nicht selten wurden Ost-Unternehmen von West-Konkurrenten übernommen und nach dem Auslaufen der Bindungsfristen stillgelegt – dank hoher ‚Sanierungszuschüsse‘ war dieses Vorgehen auch finanziell durchaus lukrativ.“⁵

Parteienverrat und Insidergeschäfte

„Parteienverrat“ wurde zum Normalfall. Die Berater boten nicht nur die Treuhand, sondern gleichzeitig Investoren. „Für den Fall, dass der potentielle Erwerber ebenfalls [neben der Treuhand, W.R.] Mandant ist, sollte die Frage der Unterschriften – möglichst nicht dieselben – bedacht werden“, heißt es lapidar in einer Hausmitteilung von KPMG an die Mitarbeiter.⁶

Mitarbeiter von Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, VEBA, PreußenElektra, ARAG, IBM, Siemens, Hoesch, Kaufhof, Tschibo, Reemtsma wurden Mitarbeiter der Treuhand. Etwa 300 von ihnen blieben als „Leihmanager“ bei ihren Unternehmen angestellt.⁷ Der marktwidrigen Mauschelei war freie Bahn geschaffen, und Korruption wurde als Kavaliersdelikt betrach-

4 Martin Kohlhaussen, Die Rolle der Banken, in: Birgit Breuel und Michael Burda (Hg.), Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994, Berlin 2005, S. 78.

5 Uwe Müller, Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005, S. 177.

6 Heinz Suhr, Der Treuhandskandal, Frankfurt a. M. 1991, S. 101.

7 Kohlhaussen, a.a.O., S. 73.

tet.⁸ Das Finanzministerium unter Theodor Waigel (CSU) stellte die leitenden Angestellten „auch bei grober Fahrlässigkeit“ von Haftungen frei. Investoren galten unbesehen als Heilsbringer. Glaubwürdigkeitsprüfungen unterblieben. Es entstand ein rechtsfreier Raum. In ihm konnte sich die neoliberale Praxis so selbstverständlich entfalten, als hätten die Akteure nie etwas anderes getan.

So wurden die neuen Bundesländer zu einer Region der „verlängerten Werkbänke“. Werkbänke haben keine eigene Forschung und Entwicklung, keine Verkaufs-, Beschaffungs-, EDV- und Akquisitionsabteilung (mehr). Damit sind ihnen Voraussetzungen unternehmerischer Selbstständigkeit genommen. Somit wurde nicht die Marktwirtschaft etabliert, sondern eine Sonderwirtschaftszone für Global Players subventioniert. Das bedeutete zugleich auch ein „gigantisches Konjunkturprogramm“. In den eroberten und von Konkurrenten gesäuberten Markt flossen zu Treuhandzeiten jährlich Lieferungen und Leistungen im Wert von etwa 233 Mrd. DM.⁹

Aus dem anfangs geschätzten Wert aller DDR-Betriebe von 600 Mrd. DM wurden nach der Privatisierung 256 Mrd. DM Schulden.¹⁰ Sie wurden in den Bundeshaushalt übernommen. Manchen Experten fiel dieses „an sich“ marktwidrige Vorgehen auf: „Was juristisch noch als Verkauf bezeichnet werden mag, ist ökonomisch ein Geschenk“.¹¹

Die Art dieses Geschenks wird durch einen anderen Bruch des Grundgesetzes – die Eigentumsgarantie – verdeutlicht. Die von Helmut Kohl behauptete Bedingung der Sowjetunion, der Vereinigung nur zuzustimmen, wenn die Bodenreform von 1945 bis 1949 nicht rückgängig gemacht werde, erwies sich als Lüge. Das enteignete Eigentum zehntausender mittelständischer Unternehmer, Handwerker und Bauern wurde dem Staat zugeschlagen. Die CDU erschloss damit eine Finanzierungsquelle, um Steuererhöhungen zu vermeiden und zumindest einen Teil der uneingestanden Kosten dieses Subventions-Kapitalismus decken zu können.¹²

Nach der Beendigung der Treuhand 1994 bauten unter ähnlichen Bedingungen VW, Opel, General Motors, Siemens, BMW, Porsche, Bombardier usw. billige „Werkbänke“. Nicht die Treuhand zahlt seitdem die Zuschüsse für Neugründungen, sondern es zahlen die Bundesregierung, die jeweilige Landesregierung und die Europäische Union. Dies gilt auch für gegenwärtige Investitionen wie das neue Chipwerk von AMD in Dresden: Der Investor bringt nur ein Drittel der Investition auf und hat bereits angekündigt, dass er nach einem Jahrzehnt das Werk in ein anderes Land verlagern wird, wenn ihm dort bessere Bedingungen gestellt werden.

Ein gut dokumentiertes Beispiel mag typische Merkmale von Privatisierungen in der Nach-Treuhand-Phase verdeutlichen. Es steht für zahlreiche

8 Werner Rügemer, *Wirtschaften ohne Korruption?* Frankfurt a. M. 1996, S. 27 ff.

9 „*Wochenpost*“, 18.11.1993.

10 Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), *Abschlussstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994*, Berlin 1995.

11 Gerlinde Sinn und Hans-Werner Sinn, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, München 1993, S. 107 f.

12 Vgl. Constanze Paffrath, *Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945-1949 im Prozess der deutschen Wiedervereinigung*, Köln 2003.

andere. 1994 kaufte die Dortmunder „Vertriebs- und Konzeptionsgesellschaft für Immobilien- und Fondsanlagen GmbH“ (VIA) die Wasser- und Abwasseranlagen des Zweckverbandes Beilrode-Arzberg bei Torgau. Der Investor VIA, verbunden mit RWE, sollte die Anlagen gegen Entgelt betreiben. Die Staatskanzlei unter Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf machte daraus ein Modellprojekt.

VIA hatte bei 441 betuchten Anlegern 20 Mio. Euro eingeworben und ihnen bei einem Kapitaleinsatz von 100 000 Euro während der 20 Jahre Laufzeit einen Mittelrückfluss von 460 000 Euro versprochen. Diese Rendite setzt sich zusammen aus Steuerabschreibungen, Gewinnausschüttungen und einer Leibrente. VIA selbst kassiert eine Provision von 15 Prozent.

Die Anlagen sind auf einen illusionären Wasserverbrauch hin zu groß gebaut. Der Zweckverband hat deshalb zu geringe Einnahmen und kann dem Investor die Betreiberentgelte nicht bezahlen. Damit ist auch der Anlegerfonds pleite. Aber das Projekt muss weiterlaufen, sagt die Staatsregierung. Das Treuhand-Syndrom ersteht in neuer Gestalt.¹³

Die Staatsregierung organisiert Konkursverschleppung. Sie brachte inzwischen etwa 20 Mio. Euro an „Konsolidierungshilfen“ auf. Dafür muss der Zweckverband die Preise für Wasser und Abwasser sowie die Grundgebühr pro Anschluss laufend erhöhen. Das Wasser kostet schon jetzt 4,17 Euro pro Kubikmeter, beim Abwasser sind es 7,28 Euro. Auch diese Preise sind längst nicht kostendeckend.

Weiter müssen die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbands pro Einwohner und Jahr eine zusätzliche Umlage von 25 Euro aufbringen, ab 2007 sind es 50 Euro. Die Zuschüsse für Jugendclubs und Vereine aller zwölf Gemeinden und Ortsteile sind auf 5000 Euro jährlich eingefroren. Von den Einwohnern werden Anschlussgebühren von bis zu 50 000 Euro pro Haus verlangt – auch wenn das Haus nur einen Marktwert von 30 000 Euro hat. Die Einwohnerzahl fiel von 8100 auf jetzt 7400. Unternehmen wandern ab. Bürgerinitiativen, die seit der Gründung 1997 zunächst großen Erfolg hatten, haben resigniert. Diese Privatisierung zeigt beispielhaft, dass ein wesentlicher Teil der „Transferleistungen für den Osten“ im Osten nur eine Schleife zieht und bei den 441 „Investoren“, bei VIA und RWE landet. Die Investoren haben sich nie vor Ort sehen lassen, die Heilsbringer verharren in machtgeschützter Anonymität.

Westdeutschland: Privatisierungsschub nach der Treuhand

Bei der Privatisierung der DDR wurden und werden Träume wahr, die in der Bundesrepublik lange schlummerten, aber nun auch in Westdeutschland ihrer Erfüllung nahe kommen. Die konservativen Regierungen begannen bereits 1959 mit der Privatisierung, verbunden mit dem Versprechen der „Volksaktie“, so bei Preussag, Veba und VW. In der Ära der SPD-geführten

13 Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des sächsischen Landtages „Beilrode-Arzberg“, Landtagsdrucksache 2/10439 vom 13.1.1999; vgl. Werner Rügemer, Wenn der Privatisierer kommt. Wasser und Abwasser in Sachsen, hg. von der PDS-Landtagsfraktion Sachsen, Dresden 2000.

Bundesregierungen blieb es still. Ab 1983 begann die neu gewählte CDU-Regierung unter Helmut Kohl sofort mit der Privatisierung der Bundesunternehmen VIAG, Salzgitter, Lufthansa und anderen. Die Bundesrepublik galt deshalb als „das Mutterland großer Privatisierungen“.¹⁴ Sie hatten aber keine negativen Folgen.

Seit den Anfängen der Bundesrepublik hatten der damalige CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „Rotfunk“ gebrandmarkt. Ihr Projekt einer privaten Rundfunk- und TV-Station war 1961 noch am Widerstand der SPD-regierten Bundesländer gescheitert. Die von deutschen Banken und „staatstragenden“ Parteien geförderte und genutzte Finanzoase Luxemburg eröffnete den Ausweg. 1983 gründete der Medienkonzern Bertelsmann hier RTL (*Radio et Telediffusion Luxembourgeoise*) und strahlte zunächst täglich fünf Stunden nach Deutschland aus. Ermöglicht wurde dies durch die luxemburgische Satellitengesellschaft Astra, die 1969 von der Deutschen Bank mitbegründet wurde. Bestärkt wurde diese Privatisierung durch die Europäische Kommission, die 1984 die Medienprodukte zu Wirtschaftsgütern erklärte.

1989 wurde die Deutsche Bundespost in Postdienst, Telekom und Postbank aufgespalten, 1990 die DDR-Post einbezogen. Die 1995 gegründete Deutsche Post AG wurde 2000 an die Börse gebracht. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Zumwinkel kam vom Unternehmensberater McKinsey und baute das Unternehmen entsprechend um. So wurden zwischen 2001 und 2003 die ausgewiesenen Gehälter der Vorstandsmitglieder von 5,8 auf 9,925 Mio. Euro fast verdoppelt. Im selben Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten durch Unternehmensaufkäufe von 321 000 auf 383 000 erweitert. Die für sie insgesamt entrichteten Sozialabgaben sanken aber von 2,67 auf 2,4 Mrd. Euro. Zahlreiche Vollzeitbeschäftigte wurden durch Leiharbeiter, Teilzeitjobber, Niedriglöhner, outgesourcte Ich-AGs und Saisonkräfte ersetzt.

Gleichzeitig wird die internationale Expansion vorangetrieben. Konkurrenten wie Danzas (Schweiz/Frankreich) und DHL (USA) wurden aufgekauft. Die Post AG kaufte sich in ebenfalls privatisierte chinesische, britische, österreichische und andere Postgesellschaften ein. Die Qualität der Postdienstleistungen hat sich für die Kleinkunden verschlechtert, während für umworbene Großkunden Rabatte gewährt werden. Im Massengeschäft werden wachsende Verluste von Sendungen als unvermeidbar hingenommen.¹⁵

1993 wurde die Bundesbahn zunächst in die Bahn AG umgewandelt, die bis heute zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist. Nach dem Gesetz muss der Bund bei einem Börsengang mindestens 50,1 Prozent der Anteile behalten. Aber schon jetzt ist kein Rest an gemeinwirtschaftlicher Orientierung mehr vorhanden. Gefördert wird in Konkurrenz mit dem Flugzeug der schnelle Verkehr zwischen den großen Städten. Lag die Bahnhofsichte 1966 in Westdeutschland noch bei 4,1 Kilometern, so findet sich im Jahr 2004 entlang des

14 Fritz Knauss, *Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland 1983-1990*. Institut der Deutschen Wirtschaft, Bonn 1990, S. 24.

15 „Der Spiegel“, 21/2005, S. 58.

drastisch gekürzten Schienennetzes nur noch alle 7 Kilometer ein Bahnhof,¹⁶ Seit der Privatisierung geht der Schienenverkehr zurück, die Fahrpreise steigen. Die Bahn AG selbst erweitert ihre Aktivitäten bei den Logistikkdiensten auf der Straße.

In ähnlicher Weise ist auch die Telekom AG zu bilanzieren. Die neoliberalen Essentials – internationale Beteiligungen, internationale Aktionärsstruktur, Reduzierung des Personals, höhere Bezahlung der Manager, niedrigere Bezahlung der sonstigen Beschäftigten, Kostenabwälzung auf den Staat – waren und sind auch bei der Telekom nicht an die Rechtsform gebunden.

Obwohl die privatisierten Unternehmen das gesamte Vermögen der Bundespost erhielten, nahm ihnen die CDU-Regierung die Pensionslasten ab. So werden aus dem Bundeshaushalt für 227 000 frühere und häufig frühverrentete Beschäftigte der Bundespost (und deren Hinterbliebene) im Jahre 2005 Versorgungszahlungen von 5,5 Mrd. Euro fällig; 2034 werden sie vermutlich mindestens 13 Mrd. erreichen.¹⁷

Die Privatisierer hatten versprochen, dass die Pensionslasten durch spätere Aktienverkäufe gedeckt werden. Davon ist nicht mehr die Rede. Die letzten Aktien der Post und der Telekom, die 2005 verkauft wurden, brachten fünf Mrd. Euro ein. Sie sollen zudem, wie die vorherigen Verkäufe, die Neuverschuldung des Bundeshaushalts begrenzen.

Die private Seite kennt dagegen Gewinner. Die Vorstandsmitglieder, einschließlich des mit einem „goldenen Handschlag“ ausgeschiedenen Telekom-Vorstandsvorsitzenden Ron Sommer, und die Topmanager verdienen mehr als frühere Postminister. Die Organisatoren des Telekom-Börsengangs – Deutsche Bank, Dresdner Bank, Goldman Sachs, UBS – verdienten bis zum Verkauf der Restaktien des Bundes eine knappe Milliarde Euro.¹⁸

Rating-Agenturen: Lohnnebenkosten senken, Sozialsysteme reformieren!

Die flächendeckende Privatisierung des Staates setzte 2001 ein. Die Rating-Agenturen Moody's und Standard & Poor's verlangen für die Kreditfähigkeit der Bundesrepublik die „Strukturreform“ der Sozialsysteme, die „Senkung der Lohnnebenkosten“ und eine „stärkere Differenzierung der Löhne“, wenn das bisherige Rating „Triple A“ beibehalten werden soll.¹⁹ Das zeigt zum einen, dass Privatisierung nicht zuletzt von den Interessen derer getrieben ist, die an der Staatsverschuldung verdienen. Es zeigt aber auch, dass ein entwickeltes Industrieland denselben Mechanismen unterliegt wie ein armes „Entwicklungsland“. So soll die „Reform“ der Sozialsysteme durch die „Senkung der Lohnzusatzkosten positive Beschäftigungsimpulse“ setzen.²⁰ Die Beitragsanteile, die bisher von den Arbeitgebern in die gesetzliche Rentenversi-

16 Tim Engartner, Zug nach nirgendwo, in: „Blätter“, 8/2005, S. 916.

17 Report Mainz (ARD), 24.6.2002.

18 „Handelsblatt“, 20.6.2005.

19 Kreditanstalt für Wiederaufbau, Is Germany's Rating under Threat?, KfW-Research, 4/2002, S. 5 f.

20 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission, Berlin, August 2003, S. 46.

cherung eingezahlt wurden, können seit der „Rentenreform 2000/2001“ von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in eine private Versicherung eingezahlt werden. Sie ist aber gerade für diejenigen keine Hilfe, die eine solche am dringendsten brauchen. Wer wenig verdient oder nur Einkünfte zum unmittelbaren Überleben hat, kann kaum nennenswerte Beträge in eine zusätzliche Versicherung einzahlen, und die steuerliche Anrechenbarkeit der Beiträge nützt hier nichts. Die steuerliche Förderung bedeutet zugleich einen weiteren Dauerverlust für den Staat.

Nach dem Vorbild der Rentenreform müssen die Versicherten auch bei der Gesundheitsreform mit dem Hinweis auf „Selbstverantwortung“ und „Eigenbeteiligung“ verschiedene private Zuzahlungen leisten. Das ist nicht grundsätzlich neu, sondern verschärft vorherige Regelungen. Die verkündeten Senkungen der Beitragssätze erweisen sich für die Versicherten als Etikettenschwindel: die Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und bestimmten Behandlungen, der Sonderbeitrag für Zahnersatz sowie die Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal usw. summieren sich auf einen viel höheren Betrag als die Beitragssenkungen. Der demographische Wandel dient als Begründung für diese „Reformen“. Freilich wird dabei eine parallele Entwicklung ausgeblendet: Gleichzeitig steigen die Arbeitsproduktivität und der in der Gesellschaft vorhandene Reichtum, und zwar noch schneller. Die Folgen des demographischen Wandels werden also, volkswirtschaftlich gesehen, mehr als kompensiert.²¹ Die „Reform“ erweist sich als ein Element der verschärften Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrags zu Gunsten der Unternehmer, Versicherer und sonstigen Kapitalakteure.²²

Eine echte Modernisierung würde unter anderem darin bestehen, nicht nur die Arbeitnehmer und deren Berufseinkommen als Basis der Versicherungen zu nehmen, sondern auch die anderen Gruppen der beruflich Tätigen und moderne Einkommensarten (Miete, Kapitalgewinn etc.) einzubeziehen. Stattdessen wird das alte System belassen und zu einer Art Armenfürsorge mit dem Charakter „existenzieller Nötigung“ degradiert.²³

Beschleunigungsgesetz für Public-Private-Partnership

Bei der Privatisierung existiert eine Koalition aus CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen. Diese ganz große Koalition zeigte sich zuletzt beim so genannten „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“.²⁴ Es ist wie die „Reform“ der Sozialsysteme Teil der Maßnahmen zur Fortsetzung der Agenda 2010. Straßenbau, Hochbau, militärische Beschaffung, Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Entwicklungshilfe und soziale Infrastruktur sollen der Privatisierung geöffnet

21 Vgl. auch Hagen Kühn, Demographischer Wandel und demographischer Schwindel, in: „Blätter“, 6/2004, S. 742-751.

22 Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaats, Wiesbaden 2005, S. 210.

23 Helga Spindler, Gesundheitsreform senkt das Existenzminimum bei Sozialhilfe, in: „Soziale Sicherheit“, 2/2004, S. 60.

24 Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften, in Kraft seit 8.9.2005.

werden. Die Formen sind inzwischen vielfältig: Es geht nicht nur um (Teil-)Verkauf, sondern auch um die Gründung privatrechtlicher Unternehmen (mit und ohne privaten Partner), die „Beauftragung Dritter“ usw. Hierhin gehört etwa auch die Übertragung hoheitlicher Aufgaben, wie das Ausstellen von Reiseschutzpässen und Gefängnisaufsicht.

Exemplarisch sei auf Toll Collect verwiesen. Trotz intensiver öffentlicher Diskussion wegen der zeitlich verzögerten Einführung und der damit verbundenen Milliarden-Ausfälle für den Staat bleiben bis heute wesentliche Teile des Vertrags zwischen Staat und dem Konsortium aus Telekom, Daimler-Chrysler und Cofiroute unbekannt. Eine öffentliche Ausschreibung fand nicht statt. Der Vertrag wurde in der Schweiz geschlossen, weil dort nicht die Vertraglichkeit mit nationalem und internationalem Recht geprüft wird. Die hektische, mit falschen Versprechungen verbundene Vergabe hat wohl vor allem den Grund, dass das Firmenkonsortium sich vor anderen den Prototyp sichern wollte, der für die Einführung in der Europäischen Union und darüber hinaus entscheidend ist. Die Verwertungsrechte nach Auslaufen des Vertrags 2012 liegen einseitig auf der privaten Seite.²⁵

Die Bundesländer haben zahlreiche Aufgaben und Immobiliengeschäfte in private Tochterunternehmen ausgelagert. Öffentlich wahrgenommen wird vor allem der sukzessive Rückzug des Staates als Garantiegeber der Landesbanken. Die Entflechtung wird von der Europäischen Kommission forciert, ändert jedoch an der Praxis der Landesbanken so gut wie nichts – außer dass die Entwicklung hin zu „normalen“ und global operierenden, privaten Großbanken beschleunigt wird.

Einige Bundesländer führen Studiengebühren ein. Initiativen dazu gingen unter anderem von der Bertelsmann-Stiftung aus, die auch bei den Sozialsystemen und der Privatisierung im Bereich der Kommunen eine wichtige Rolle spielt.²⁶ So beschloss die neu gewählte CDU/FDP-Landesregierung von NRW 2005 sofort die Einführung von Studiengebühren. Gleichzeitig beschloss sie jedoch, die Eigenbeteiligung der vor allem kirchlichen Privatschulen herabzusetzen. So erhalten die 422 Privatschulen des Bundeslandes trotz eines „rigorosen Sparprogramms“ schon für das Restjahr 2005 zusätzliche Zuschüsse.²⁷ Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: Privatisierung bedeutet, das eigene Milieu und die eigenen Fußtruppen zu stärken und die soziale Auslese voranzutreiben. Bereits Ende der 80er Jahre gründeten oder kauften die regionalen Strommonopolisten „Vorfeld“-Unternehmen, um das Geschäftsfeld der kommunalen Ver- und Entsorgung zu erschließen. So kaufte sich RWE in das rheinische Müllunternehmen Trienekens ein. Auch mit Hilfe korrupter Praktiken wurden Trienekens/RWE Teilhaber von privatrechtlichen Abfallgesellschaften, die sie gemeinsam mit Städten gründeten.²⁸

25 Werner Rügemer, Maut und Mehr. Toll Collect oder der Ausverkauf der Politik, in: „Blätter“, 4/2004, S. 415-426.

26 Vgl. Frank Böckelmann und Hersch Fischler, Bertelsmann, Frankfurt a. M. 2004, S. 213 ff. Vgl. auch den Beitrag von Thomas Barth und Oliver Schöller in diesem Heft.

27 „Kölner StadtAnzeiger“, 22.9.2005.

28 Werner Rügemer, *Colonia Corrupta*. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels, Münster⁴2003, S. 11 ff.

Solche Mischgesellschaften werden auch von den anderen großen Entsorgungsunternehmen mit Städten in Ost und West unterhalten. Meist haben die Kommunen eine 51-Prozent-Mehrheit, aber die privaten Teilhaber haben das Heft in der Hand: Sie bestimmen die Geschäftsführer und bedingen sich Kontingentverträge für Strom- und Gaslieferung, Mülltransporte usw. aus.

Eine Form der Privatisierung ist das „Cross Border Leasing“. Seit 1994 haben große Städte Straßenbahnen, Schienennetze, Messehallen, Kanalisationen, Kraftwerke und ähnliche Einrichtungen für 99 Jahre an US-Investoren verkauft und mieten sie seitdem zurück. Die Städte erhalten einen „Barwertvorteil“, während die Investoren die Anlagen steuerbegünstigt abschreiben. Nach etwa 25 Jahren können die Städte den Vertrag kündigen oder in einen Dienstleistungsvertrag einsteigen, der für den Rest der Laufzeit dem Investor das Betreiben der Anlagen nach Renditekriterien erlaubt. Diese Privatisierung im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schwebt als Möglichkeit über dem kommunalen Eigentum.²⁹

Eine verbreitete Form, die gegenwärtig mit dem Begriff „Public Private Partnership“ identifiziert wird, ist die Beauftragung eines privaten Investors: Er errichtet oder saniert städtische Gebäude, die Kommune mietet sie für 20 oder 30 Jahre an. Gut dokumentierte Projekte wie die KölnArena, die Kölner Messehallen, das Rathaus von Gelsenkirchen und Frankfurter Bildungszentren zeigen, wie die erheblichen „Softkosten“ des Investors und die ihm gewährten Freiheiten die Kosten für die Kommune verdoppeln können.³⁰ Hinzu kommen Steuerausfälle, da die dafür aufgelegten Fonds Verlustzuweisungen organisieren.

Die Geheimhaltung ermöglicht und fördert die Dominanz der Privatwirtschaft. Die Vertreter der öffentlichen Hand stehen als erpressbare Schuldner den Investoren gegenüber, die, von einer Riege professioneller Berater begleitet und mit dem Heiligenschein erfolgreicher Gewinne umgeben, sich als überlegen erweisen. Sie können diese Rolle umso leichter ausspielen als die „Verantwortlichen“ in Staat und Kommunen ideologisch auf die Seite der Investoren übergewechselt sind. Im Kleingedruckten der Verträge können es die Investoren seit der Treuhand, und wie bei der Post, durchsetzen, dass der Staat für Verluste aufkommt bzw. Gewinne garantiert. Bekannte Beispiele sind auch die Berliner Bank-Gesellschaft und die Berliner Wasserbetriebe. So zahlt der Berliner Senat aus dem überschuldeten Haushalt, den er durch den Verkauf von 49 Prozent der Berliner Wasserbetriebe (BWB) sanieren wollte, laufend Millionenbeträge an die Investoren RWE und Veolia, um ihnen den heimlich vereinbarten Gewinn von zwei Prozent über der durchschnittlichen Kapitalverzinsung zu verschaffen.³¹

„Die deutsche Wiedervereinigung, dieser Glücksfall der deutschen Geschichte, hat sich ökonomisch als Desaster erwiesen.“³² Was bei der Priva-

29 Vgl. Werner Rügemer, Cross Border Leasing, Münster ²2005.

30 Vgl. ebd., S. 30 ff.; „junge welt“, 30.8.2005 und 19.9.2005; „Frankfurter Lehrerzeitung“ (GEW), März 2005, S. 2 ff.

31 Klaus Lederer, Strukturwandel bei kommunalen Wasserdienstleistungen. Eine Untersuchung aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive, Berlin 2004.

32 Müller, a.a.O., S. 9.

tisierung der DDR für die privatkapitalistische Seite ein Glücksfall war, erwies sich für die Mehrheit der Beschäftigten und Transferempfänger als Unglück. Dieses Muster wiederholt sich im vereinigten Deutschland: Privatisieren geht vor Sanieren – auch im Westen. Der Privatisierungs-Kapitalismus erweist sich als Subventions-Kapitalismus. Entgegen der Ideologie wachsen Staat und Kapital enger zusammen denn je.

Uneinholbar hohe Systemkosten

Die Systemkosten privater Erledigung öffentlicher Dienstleistungen sind uneinholbar hoch: Mehrwertsteuer, bei Grunderwerb auch Grundsteuer, höhere Kreditzinsen, Gewinngarantie, Risikozuschlag, Gewinnsteuern, Gewerbesteuer, Softkosten für Berater und Ähnliches. Diese Systemkosten sind auch nicht durch niedrigere Löhne und Beschaffungskosten vollständig kompensierbar. Privatunternehmen, die an staatlichen und kommunalen Mischgesellschaften beteiligt sind, verlangen und erhalten Kreditbürgschaften. Zu den Systemkosten, die außerhalb der Verträge volkswirtschaftlich auf den Staat, die Kommunen, die Sozialsysteme und die Bürger entfallen, gehören Lohnkürzungen bzw. niedrigere regionale Kaufkraft der schlechter bezahlten Beschäftigten, Leistungen der Sozialkassen für Arbeitslose und Frühverrentete, Steuerausfälle, Preiserhöhungen.

Das „erfolgreiche“ Modell Treuhand zeigte, wie man im Dienste kapitalistischen Erfolgs straflos und mit Förderung bzw. Duldung von Justiz und Regierungen Gesetze und moralische Schranken übertritt. Korruption, Verstöße gegen Vergabevorschriften, Umgehung der Parlamente und Stadträte, Parteienverrat und Selbstbereicherung der Berater sind an der Tagesordnung. Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Rechtskonformität gehört zur Privatisierung genauso wie die wiederholten und nie eingelösten Versprechen.

Es gibt aber auch kein sinnvolles Zurück zur bisherigen Staatswirtschaft. Sie ist auch in den noch bestehenden Formen in den Kapitaldemokratien nicht mehr im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Gerade in einer Zeit, in der der vorherrschende Investitionstyp der Privatwirtschaft zu Arbeitslosigkeit und unsicheren Verhältnissen führt,³³ ist die gemeinschaftliche Daseinsvorsorge – mit Transparenz und Demokratie und ohne individualistische Gewinnabsicht – nötiger denn je. Sie sollte der Kern einer neuen gesellschaftlichen Ordnung sein, denn sowohl Staats- wie Privatwirtschaft herkömmlicher Ausprägung sind im Sinne des Gemeinwohls gescheitert.

33 Werner Rügemer, Investitionen ohne Arbeitsplätze, in: „WSI-Mitteilungen“, 1/2005, S. 49-54.